

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

4.5.1923 (No. 103)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M e n d,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreis: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Beile und an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabebeginn, zwanzeimer Beileitung und Kontoverfahren fällt der Diakot fort. Erhaltung der Karlsruher Zeitung, in beschränktem Umfang oder nicht erachtet. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Frankreichs Ablehnung.

Frankreich hat von der Chance, die darin bestand, daß es das deutsche Angebot von vornherein als ein nicht ernsthaftes Angebot betrachtete, raschestens Gebrauch gemacht: der französische Ministerrat hat einmütig die Vorschläge als unannehmbar bezeichnet, und zwar als unannehmbar, sowohl wegen der gestellten Bedingungen und des Mangels an Garantien, als auch wegen der Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffer. Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Abwendung der Antwort an die deutsche Regierung und deren Übermittlung an sämtliche Alliierten verständigen. Wie inzwischen aus Brüssel gemeldet wird, lehnt auch die belgische Regierung das Angebot ab.

Frankreich hat sich demnach doch entschlossen, allein vorzugehen, von sich aus ein Urteil abzugeben und eine Entscheidung zu treffen, ohne England und Italien vorher offiziell um deren Meinung zu befragen. Die Möglichkeit besteht allerdings, daß die französische Regierung rechtzeitig in London sondiert hat, um festzustellen, wie denn das deutsche Angebot aussehen müsse, um Englands Zustimmung zu finden. Vielleicht kann Frankreich seinen britischen Alliierten darauf hinweisen, daß ja das deutsche Angebot auch nicht annähernd dem englischen Reparationsplan entspricht, daß England sich auf diesen Reparationsplan als einen Plan der Mindestforderungen festgelegt habe, und daß jenseit eine Ablehnung auch von englischer Seite als ganz selbstverständlich vorauszusetzen gewesen sei. Ob die englische Regierung mit einem derartigen Präjudiz einverstanden sein wird, das ist allerdings eine andere Frage.

Im übrigen wird man den Wortlaut der Antwortnote Frankreichs und Belgiens abzuwarten haben. Frankreich ist noch immer in der Lage, zu sagen, daß es wohl die Vorschläge als ungenügend ablehnt, daß es aber an sich zu Verhandlungen bereit sei und demgemäß neue Vorschläge erwartet. Die deutsche Reichsregierung würde damit vor die Aufgabe gestellt werden, neue Vorschläge auszuarbeiten oder deren innere Unmöglichkeit festzustellen.

Jedenfalls hat es Frankreich verstanden, den Sieb nicht über zu parieren. Es hat sofort gemerkt, daß dieses deutsche Angebot in seiner ganzen Fassung vom Ausland im allgemeinen nicht günstig beurteilt werden würde, und hat diesen Umstand sofort geschickt ausgenutzt. Gewiß bestärkt es mit seiner Ablehnung viele in der Meinung, daß eine wirkliche Ausöhnung und Beilegung des Streitfalles von der französischen Regierung überhaupt nicht gewünscht werde. Aber andererseits hat sich doch auch in solchen Kreisen, die durchaus Deutschland und seiner Lage gerecht werden wollen, sehr rasch die Auffassung festgesetzt, daß das Angebot substantiell nicht ausreicht, um Frankreich an den Verhandlungstisch zu zwingen, und daß es dem Wortlaut nach nicht richtig abgefaßt worden sei, insofern, als es psychologisch die Stimmungen im Ausland nicht genügend berücksichtige. Namentlich in England kurzzeit die Wendung, daß das Angebot innerpolitisch ganz ausgezeichnet wirken müsse und für deutsche Leser sehr angenehm klinge, außenpolitisch aber recht wirkungslos bleiben werde.

Die englische Regierung hat zu dem Angebot noch keine Stellung genommen. Nachdem der französische Ministerrat das Angebot als unannehmbar abgelehnt hat, wird diese Stellungnahme für die Londoner Regierung besonders schwierig sein. Entsprechend dem Grundzuge der britischen Politik wird man öffentlich der französischen Auffassung wohl nicht mit allzu großer Entschiedenheit entgegenzutreten. Das schließt nicht aus, daß man diplomatisch und vertraulich Frankreich eröffnet, daß man in England eine derartig harte und rasche Ablehnung des Angebots nicht begreife und nicht billige. Die Londoner Presse ist über das Angebot ja auch keinesfalls entzündet gewesen. Aber sie hat in ihrer Mehrheit doch nicht verkannt, daß dieses Angebot immerhin eine Verhandlungsgrundlage abgeben könne.

Auf jeden Fall ist die Lage heute verworrener denn je. Einstweilen hat uns das Angebot so, wie es abgefaßt war, auch nicht um einen Schritt vorwärts gebracht. Die erfreuliche Tatsache, daß in den neutralen Ländern und auch in Amerika das deutsche Angebot von verschiedenen Organen der öffentlichen Meinung nicht ungünstig kommentiert wird, vermag daran nichts zu ändern. Unsere Politik hat es heute in allererster Linie mit Frankreich zu tun. Und solange wir nicht

die Garantie in Händen haben, daß England, Italien oder Amerika uns zu Liebe Frankreich energisch in den Arm fallen werden, muß unser ganzes Bestreben darauf gerichtet sein, uns mit Frankreich einzuweilen so oder so zu arrangieren. Es ist durchaus richtig, wenn der Reichskanzler dieser Tage erklärt hat: „Die Welt hat jetzt das Wort.“ Aber ebenso richtig ist auch die Erkenntnis, daß Frankreich bisher noch recht wenig auf dieses Wort der Welt gehört hat, und zwar auch dann nicht gehört hat, wenn wirklich ein erheblicher Bruchteil der öffentlichen Meinung der Welt Frankreich tadelte.

Ob unsere Politik Frankreich gegenüber richtig ist, darüber wird ein schlüssiges Urteil erst die Zukunft fällen. Wir müssen und wollen uns hier eines Urteils enthalten. Jedoch empfinden wir es als unsere vaterländische Pflicht, auf ein Moment aufmerksam zu machen. Es ist vom Reichskanzler gesagt worden, wir seien bereit, bis zum letzten Rest unserer Kräfte auszuharren; dieses Aussharren aber würde den Tod einer jeden Reparation bedeuten. Dieses Wort besteht natürlich zu Recht. Wenn es sein muß, wird das deutsche Volk noch weiter ausharren. Aber der Staatsmann, der über die Erfordernisse der Stunde hinausdenkt, wird sich heute bereits die Frage vorlegen haben: Was geschieht, wenn dieser letzte Rest unserer Kräfte erschöpft ist? Was geschieht, wenn Deutschland überhaupt keine Reparationen mehr zahlen kann?

Die Antwort scheint uns, soweit die Außenpolitik dabei in Betracht kommt, aus der Hand zu liegen. Frankreich wird dann aus dem Ruhrevier überhaupt nicht mehr herausgehen, sondern es mit der Begründung, daß Deutschland ja nicht zahlen könne, als ewiges „Pfand“ für sich behalten, das heißt also annekterieren. Und das Rheinland wird mit samt den übrigen besetzten Gebieten für uns verloren sein. Was im Innern Deutschlands geschehen wird, das anzumalen, wollen wir lieber unterlassen.

Gewiß, wir können damit rechnen und darauf hoffen, daß England doch einmal mit Frankreich abrechnen und es aus seiner Hegemoniestellung auf dem Kontinent vertreiben wird. Ob es dann aber noch ein Deutsches Reich geben wird??

Politische Neuigkeiten.

Die Antwort Frankreichs.

Paris, 3. Mai. Über den heutigen Ministerrat wird folgendes offizielle Communiqué ausgegeben:

Die Minister sind heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Mitterand zusammengetreten. Der Ministerpräsident hat das Schreiben zur Kenntnis gebracht, das er von dem deutschen Gesandten erhalten hat. Der Ministerrat war einmütig der Ansicht, daß die Vorschläge als unannehmbar zu betrachten seien, und zwar sowohl wegen der gestellten Bedingung und des Mangels an Garantien, als auch wegen der Unzulänglichkeit der gebotenen Ziffer. Der Ministerpräsident wird sich mit der belgischen Regierung über die Abwendung der Antwort an die deutsche Regierung und deren Mitteilung an sämtliche Alliierten verständigen.

Auslandsstimmen zur deutschen Note.

England.

Die erste Wirkung der deutschen Note ist höchst ungünstig. Vereinzelt finden sich in liberalen Blättern etwas ermunternde Kommentare, doch sind auch diese natürlich übergeigt, daß Paris ablehnt. Die für die künftige Haltung der Regierung wesentliche konservative Presse einschließlich der „Times“ verwirrt Form und Inhalt der Note aufs schärfste. Die Haltung des Kabinetts, das zunächst abwarten und mit den Alliierten Fühlung nehmen dürfte, wird im voraus dadurch angedeutet, daß offiziöse Äußerungen den großen Unterschied zwischen dem britischen Januarplan und der jetzigen deutschen Note betonen, und daß Meuter ermächtigt wird, mitzuteilen, daß die englische Regierung keineswegs bei der Abfassung der deutschen Vorschläge beteiligt gewesen sei. Ein weiteres Symptom ist, daß die Mitglieder der industriellen Gruppe des Parlaments, welche auf deutsche Einladung zwecks Aussprache über die Reparationsfrage nach Berlin fahren sollten, mit Rücksicht auf den neuesten Stand abfielen.

Es wäre verfehlt, die ungünstige Aufnahme nur aus der französischen Propaganda zu erklären, die allerdings die letzte Woche genügend ausnützte. Obwohl es ausnahmslos die englische Ansicht ist, daß die deutschen Ziffern zu niedrig sind, ist es für die englische Kritik viel wesentlicher, daß verschiedene Sätze für alliierte Öhren direkt provozierend und die materiellen Vorschläge unklar und unvollständig seien. Insbesondere erregt der Satz bezüglich des passiven Wider-

standes, den ausdrücklich auszusprechen keinerlei Notwendigkeit bestanden habe, Anstoß. Der „Daily Telegraph“ behauptet geradezu, daß dieser Satz die Aussicht, Verhandlungen zustande zu bringen, zerstört habe. Auch „Daily News“ befragt den Satz und fügt hinzu, daß niemand erwartet habe, Deutschland werde die Pariser Forderung auf Aufgabe des Widerstandes erfüllen, aber es sei eine seltsame Strategie, diese Erklärung in den Vordergrund zu stellen; außerdem komme der Schluß der Note der früheren Cunoischen These: Keine Verhandlung ohne Räumung gefährlich nahe.

Bieweit tatsächlich die deutsche und die konservative englische Auffassung auseinandergehen, erhellt aus der „Times“, welche sagt, das Beste, was Deutschland tun könnte, wäre das Aufgeben der sinnlosen Politik der Obstruktion; andererseits sollten die Alliierten versprechen, eine Konferenz abzuhalten, wobei Deutschland vertreten sei. Die Aufforderung des Mar-tes, Paris solle das Angebot nicht allzu summarisch verwerten, hat demgemäß nur akademischen Wert. Der „Manchester Guardian“, der die Ziffer ebenfalls als zu gering ansieht, scheint schließlich am meisten zu beanstanden, daß die Note etwas Wertloses anbiete, wenn sie völlig irrig voraussetze, daß innerhalb der nächsten Jahre die Aufnahme einer Anleihe von zwanzig Milliarden denkbar sei. Das Argument, daß der praktische Wert des Angebots gering sei, wird besonders im „Daily Telegraph“ erörtert, wobei die Darlegung vermisst wird, wieviel Deutschland selbst leisten könne und wolle.

Italien.

Bei mancherlei Divergenzen über Einzelheiten stimmt die italienische Presse darin überein, daß die deutsche Note mindestens geeignet sei, den toten Punkt in der Reparationsfrage zu überwinden und deshalb keineswegs von vornherein abgelehnt werden dürfe. Insbesondere machen die Garantien und der Schiedsgerichtsorschlag einen vorzüglichen Eindruck, wogegen die Forderung der sofortigen Räumung der Ruhr mit der Drohung den passiven Widerstand sonst fortzusetzen, als tatsächlich unklar gegenüber der festgelegten französischen Position empfunden wird. Jedenfalls herrscht hier der Wunsch vor, gemeinsam mit England und Amerika die endliche Lösung der Reparationsfrage nunmehr anzustreben.

Schweden.

Die „Basler Nachrichten“ schreiben: „Die deutsche Reparationsnote hat das Licht der Welt erblickt. Sie macht — endlich! — dem Vorwurf ein Ende, daß man über Wesen und Umfang des deutschen Reparationswillens nichts wisse. Das ist etwas! Aber es ist leider auch ziemlich alles, was an brauchbaren Ergebnissen der deutschen Aktion vorläufig erwartet werden darf. Für ein Mehreres fehlen leider die Hauptvoraussetzungen: französische Verhandlungsbereitschaft oder angelsächsische Vermittlungsabsichten. Frankreich scheint von seinem Standpunkt nicht abgehen zu wollen, daß dem Beginn einer Friedensdiskussion das Aufheben des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet, also die komplette deutsche Kapitulation voranzugehen habe. Frankreich will nicht diskutieren, sondern diktiert, wie es 1919 in Versailles und 1921 in London diktiert hat, mit dem bekannten Erfolg. . . Angesichts dieser Lage spielt die Tatsache nur eine geringe Rolle, daß die deutsche Note die den Verhandlungen vorausgehende Räumung des Ruhrgebiets nicht verlangt, daß also die Berliner Regierung eine mit größerem Pathos lange verteidigte Position vorweg preisgibt. An sich hätte ja dieses deutsche Entgegenkommen große Einigungschancen. Und die deutschen Vorschläge haben überhaupt den Charakter einer vernünftigen Diskussionsbasis.“

Schweden.

Die deutsche Note wird in Schweden durchweg günstig beurteilt und als eine geeignete Grundlage für Verhandlungen bezeichnet. Die gesamte bürgerliche Presse ist sich in diesem Urteil völlig einig, aber ebenso pessimistisch bezüglich der Aussichten. Das konservative „Aftonbladet“ schreibt: „Keine Auctorität und keine Schwärmungen wird die, welche jetzt das Wort haben, von der Pflicht befreien, eine ehrliche Antwort auf die Frage zu geben: Weiterer verhängnisvoller Kampf oder allmähliche Verständigung? Auf diese Antwort wartet nicht nur Berlin, sondern alle aufrichtigen Friedensfreunde in der ganzen Welt.“

Die liberale „Stockholms Tidningen“ schreibt: „Die Note zeigt deutlich, daß Berlin gewillt ist, Verhandlungen in Gang zu bringen. Vom neutralen Standpunkt aus erweist sich das deutsche Angebot dafür als eine durchaus geeignete Grundlage.“

Ein Aufruf des rheinischen Volkes.

W. Köln, 1. Mai. Die Zentrumspartei, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutschdemokratische Partei, die Bayerische Volkspartei, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (freier), der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlicher), der Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Dunder), die G. D. A. und A. G. B., der Deutsche Beamtenbund Rheinischer Industrieller, die Interessengemeinschaft rheinischer Industrieller, die Interessengemeinschaft rheinischer Arbeitgeberverbände, der Einzelhandelsverband für das besetzte Gebiet, die Vereinigten rheinischen Bauernvereine, der Rheinische und Arierische Bauernverein, der Rheinische Handwerkerbund, der Bund katholischer deutscher Frauen, der Verband evangelischer Frauenvereine und der Verband jüdischer Frauenvereine veröffentlichen folgenden Aufruf:

Der Druck, der auf den Ländern am Rhein liegt, wird von Tag zu Tag stärker. Er mag sich zu noch härterer Form steigern, wir werden aber in der Treue zum deutschen Volke und

Vaterland nicht wanken. Die ungeheuren Lasten, Friedensdiktate und Besetzungen haben wir vier Jahre lang getragen in der Hoffnung, dadurch zur Ruhe, zum Frieden und zu unserem Recht zu gelangen. Aber darum geht es den französischen Machthabern nicht. Die führenden Staatsmänner dreier Nationen, die das Friedensdiktat mitgeschaffen haben, Lloyd George, Pitt und jetzt auch Wilson, haben es vor aller Welt hingeworfen, daß die französische Politik ihr seit langen Jahrhunderten verfolgtes Ziel, die Rheinlande zu verwelfen mit allen Mitteln weiter verfolgt. Auch der Rechte am Rhein, an Ruhr und Saar weiß, warum es geht.

Das gesamte rheinische Volk erklärt demgegenüber vor aller Welt in feierlichem Ernst: Niemals lassen wir fremde Macht über Recht und Verfassung unserer Rheinlande entscheiden. Wir danken der Reichsregierung und dem Reichstag für bestimmte, unzweideutige Erklärung, jede Einmischung in die Verfassung, die des Reiches und der Länder, von außen her mit äußerster Schärfe abzuwehren. Wir sehen in allen den fremden Plänen, auch in der Schaffung einer wehrlosen Republik, nur den Anfang der Zerschlagung des Reiches, die nur von ganz vereinzelt erbärmlichen Menschen gefordert wird und die jede Nation von Ehre von sich weisen muß. Wir kündigen solchen Versuchen den geschlossenen schärfsten Widerstand des rheinischen Volkes an. In diesem Widerstand werden wir nicht erlahmen. Wir wissen, daß die ganze deutsche Nation einstimmig hinter uns steht.

Der Krupp-Prozess.

Der Offener Krupp-Prozess ist nunmehr endgültig auf den 4. und 5. Mai anberaumt worden. Unter Anklage gestellt sind: 1. Krupp von Bohlen und Halbach, 2. Direktor Bernhard Bühr, 3. Direktor Hartwig, 4. Direktor Oesterlein, 5. Direktor Bauer, 6. Direktor Schäfer, 7. Betriebsdirektor Kröppler, 8. der Chef der Lehrlingswerkstätte Groß.

Gegen die Angeklagten 5-8 wird in Abwesenheit verhandelt werden. Außer Verfolgung gesetzt wird Betriebsdirektor Ritter, weil er als bloßer Betriebsdirektor nicht in Frage komme, und der Chef der Feuerwehr. Die Anklage bezieht sich in erster Linie auf die Verordnung 22, die bei schweren Verbrechen Todesstrafe oder lebenslängliche Freiheitsstrafe, mindestens aber 10 Jahre Gefängnis vorsieht. Es handelt sich dabei um die Billigung von Genalattaten und um Radikationen zur Begehung eines Attentats gegen die französischen Truppen. Im ganzen sind 40 Zeugen geladen und zwar 20 von den Anklägern und 20 von der Verteidigung. Mit dem vorliegenden Prozeß verbunden ist das Verfahren gegen Gerlich, Smuda und Sorgenicht, die angeklagt sind, bei den Vorgängen am Karlsruher Tag einem belgischen Soldaten ein Notarot weggenommen und es verheimlicht zu haben.

Münchener 1. Mai „Bereitschaft“.

Die „Frl. Fig.“ schreibt aus München: Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz teilt mit, daß die Arbeitergemeinschaft der bayerischen Verbände in der Nacht auf den 1. Mai an die bayerische Regierung das Ansuchen gestellt habe, den Ausnahmezustand über München zu verhängen und sämtliche bayerischen Selbstschutzorganisationen einschließlich der Hitlergarde zur Abwehr des anlässlich geplanten Linksputsches aufzulösen. Die Regierung habe diese Forderung auf das allerentschiedenste zurückgewiesen, einmal weil die Gefahr eines Linksputsches nicht gegeben sei, zweitens weil die polizeilichen Einschränkungsmaßnahmen der Polizei bereits getroffen waren, und drittens, weil die Regierung ausreichende Machtmittel besäße, um Ausschreitungen von links entgegenzutreten. Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat eine Anfrage an das Kultusministerium gerichtet, die unter Hinweis darauf, daß einige Schüler vom Unterricht weggeblieben sind mit der Begründung, sie hätten auf Befehl ihrer Organisation Bereitschaftsdienst, um Klärung folgender Frage erlucht: „Ist es richtig, daß an höheren Schulen in München am 1. Mai verschiedene Schüler dem Unterricht fernbleiben mit der Begründung, daß sie zur Bereitschaft zu ihrer Organisation befohlen worden, zweitens: Wie verhielten sich, wenn dieser Voranfrage richtig ist, die Direktoren der betreffenden Schulen gegenüber dieser Entschuldigung?“

Kurze Nachrichten.

- * Der Pariser Vorkämpferposten. Die Meldung von der bevorstehenden Ernennung eines deutschen Vorkämpfers in Paris eilt den Lesern voraus. Zwar werden die Kandidaturen Wirth und Schäfer für den Posten genannt, doch wird es von der Antwort Frankreichs auf das deutsche Angebot abhängen, ob und wann der Pariser Vorkämpferposten wieder besetzt wird.
- * Putschzwang für die Einreise ins besetzte Gebiet. Nach Mitteilung der Besatzungsbehörde wird vorläufig für die im Rheinland anässigen Deutschen keine Änderung der Ausreisefristen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet vor dem 20. Mai eintreten. Für Deutsche aus dem unbesetzten Gebiet besteht vom 10. Mai ab Putschzwang. Anträge

Wilhelm Heinrich Riehl.

Zum 100. Geburtstag am 6. Mai.
Von Will Scheller.

In Zeiten der Not eines Volkes ziemt es sich, daran zu gedenken, die mit ganzer Liebe eben diesem Volke angehangen und ihm die Arbeit ihres Lebens gewidmet haben. Zu diesen Männern gehört hinsichtlich Deutschlands der als Novellist und Kulturhistoriker im vorigen Jahrhundert vielfach geweihte W. H. Riehl, und wenn die deutsche Nachwelt gelegentlich der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages ihn feiert, so hat sie allen Grund, solche Erinnerung mit starken Gefühlen des Dankes zu begeben. Denn die Liebe zum deutschen Volk, die dieser Mann in seinem geistigen Schaffen betätigt hat, war in der Tat so außerordentlich, daß sie den Ausdruck in seinen künstlerisch erzählenden wie in seinen wissenschaftlich betrachtenden Schriften bis in die kleinsten Einzelheiten durchdrang und namentlich in den letzteren immer noch deutlich zu spüren ist. Und das muß um so höher bewertet werden, als die Methoden kultureller Geschichtsbetrachtung inzwischen sich gewandelt haben und manches in den Riehlschen Darlegungen nicht mehr als frischhaltig angesehen werden kann, wie ja auch seine Erzählungen im Gegenständlichen und in der Form, zum großen Teil an die künstlerische Epoche ihrer Entstehung gebunden sind, geliebten. Immer wieder aber finden sich Stellen und Abschnitte, die ganz unmittelbar wirken, als wären sie eben erst niedergeschrieben: so hat ein eminentes bayerisches Empfinden den Gedanken oder Bild über den Augenblick, über die Zeit hinaus ins Unvergängliche der Volkstümlichkeit, dieses Wort im höchsten Sinne genommen, geleistet und erhalten.

Sprechende Beweise dafür bietet der Auswahlaband kulturhistorischer und sozialpolitischer Arbeiten, die der Verlag Eugen Dieckmann in Jena von Paul Jaunert hat herausgeben lassen, und zwar unter dem kennzeichnenden Titel: „Von Deutschen Land und Volk“. Da Riehl, dem abstrakten For-

für derartige neue Pässe müssen an den französischen Oberdelegierten der Rheinlandkommission in Koblenz unter Befugung von zwei Richtern und genauer Angabe der Gründe für die Einreise in das besetzte Gebiet gestellt werden. Genaue Vorschriften für die Ausreise nach dem unbesetzten Deutschland werden noch erlassen werden.

* Warnung vor Franzosenzügen. Die in der Pfalz von den Franzosen gefahrenen Personenzüge werden, wie festgesetzt wurde, vielfach von Reisenden aus dem unbesetzten Gebiet, zum Teil vielfach aus Unwissenheit benutzt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß von sämtlichen Eisenbahnstrecken der Pfalz, ausgenommen lediglich die elektrischen Privatbahnen Landau-Neustadt a. Hardt und Mannheim-Rad Dürkheim, das deutsche Eisenbahnpersonal von den Franzosen verdrängt wurde. Ganz abgesehen davon, daß mit der Benutzung der von den Franzosen gefahrenen Züge große Gefahr verbunden ist und die deutsche Reichsbahn selbstverständlich für Unfälle hierbei keinerlei Haftung übernimmt, darf kein Deut-

Auf der Tagesordnung stand gestern eine Interpellation der Deutschnationalen, in der die Regierung um Auskunft ersucht wird, aus welchen Gründen und tatsächlichen Unterlagen die preussische Regierung das Verbot der deutsch-södlischen Freiheitspartei rechtfertigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Loeb mit, daß der Abg. Hoff (D. Rp.) im besetzten Gebiet zurückgehalten sei (Patriot).

Abg. Gardt (Komm.) führt schriftlich Beschwerde über eine von der braunschweigischen Polizei bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung, in der er eine Verletzung seiner Immunität erlidi.

Abg. Dr. Koch (Dem.) beantragt zugleich im Namen des Zentrums und der deutschen Volkspartei die Ablegung der Interpellation über die deutsch-södlische Freiheitspartei von der Tagesordnung. In der gegenwärtig bedeutsamen, so schwierigen außenpolitischen Lage sei es nicht angebracht, den innerpolitischen Streit aufzurühren (Weisfall in der Mitte).

Reichsminister des Innern Dr. Dezer erklärt, er wäre heute auch zur Beantwortung der Interpellation nicht in der Lage, weil das Aktienmaterial vom Staatsgerichtshof noch nicht eingegangen sei.

Abg. von Graefe (Deutschpöhlisch) widerspricht einer Ablegung von der Tagesordnung. Es wäre ein unerhörter Skandal, wenn der gegen die deutsch-södlischen begangene Rechtsbruch noch weiter ungerügt fortbestehen könnte.

Abg. Schulz-Bromberg (D. Natl.) ist für die Ablegung von der Tagesordnung. Die Deutschnationalen Interpellanten legen den größten Wert auf eine Antwort der Regierung; da diese nach der Erklärung des Ministers Dezer heute nicht zu erwarten sei, würden die Deutschnationalen für den Antrag Dr. Koch stimmen.

Abg. Bary (Komm.) widerspricht der Ablegung von der Tagesordnung.

Abg. Müller-Franken (Soz.) Wir würden in der Interpellationsberatung keine Erwähnung unserer Außenpolitik sehen, denn wir halten eine kräftige Stellungnahme der Regierung gegen die deutsch-södlischen für ein außenpolitisches Aktium. Da die Interpellanten selbst aber auf die Beratung verzichtet haben, wollen wir nicht Deutschnationaler sein als die Deutschnationalen; wir werden darum für den Antrag Koch stimmen.

Abg. von Graefe (Deutschpöhlisch): Nach dieser Rede kann ich feststellen, daß die Ablegung der Interpellation durch die Erklärung der Deutschnationalen verurteilt ist (Große Heiterkeit). Wenn man in der Art des Abg. Schulz-Bromberg die Omnipotenz der Regierung des Herrn Dezer verkündet, dann könnten wir lieber nach Hause fahren und dem Volke die Diäten ersparen (Heiterkeit). Der Antrag Dezer-Koch wird hierauf gegen die Kommunisten und Deutschpöhlischen angenommen und die Interpellation von der Tagesordnung abgesetzt. Auf Antrag Müller-Franken (Soz.) wird auch ein an zweiter Stelle stehender Gesetzentwurf auf verstärkten Versammlungsschutz von der Tagesordnung abgesetzt.

Ein Antrag mehrerer Parteien auf Ergänzung des Reichsstaatsgesetzes wird debattelos dem Siedlungsausschuß überwiesen, die Vorlage über die Neuregelung der gesetzlichen Feiertage dem Reichsausschuß.

Dann wird die Einzelberatung des Reichswirtschaftshaushaltes fortgesetzt.

scher den Eisenbahnbetrieb der Franzosen begünstigen, und damit die geschlossene Abwehrfront gegen die rechtsdringende Rhein- und Ruhraktion durchkreuzen.

* Oberschlesens neue Grenze. Die Entscheidung über die deutsch-polnische Grenze in Südberschlesien ist nunmehr durch die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission gefallen. Sie hat zugunsten Deutschlands nur ganz unwesentliche Änderungen ergeben, während Polen mehrere heiß umstrittene Ortshäfen erhält. In dem Kreis Hohnitz und dem Kreis Ratibor sind durch diese Entscheidung bedeutende Ortshäfen für Deutschland endgültig verloren. Die Grenze läuft vor den Toren Ratibors vorbei, so daß Ratibor nunmehr die südlichste Stadt des Deutschen Reiches bleibt. Nur ein klein wenig günstiger steht es um den Nordabschnitt von Groß-Strehlitz bis Guttentag. Aber auch dort ist die Grenzänderung nur ganz unwesentlich besser für Deutschland. Die Entscheidung über die Delbrückschächte, im Grunde die wesentlichste Frage der Grenzregulierung, steht noch aus.

Deutscher Reichstag.

Abg. Simon-Franken (Soz.) bekämpft eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe und ein Handelsverbot mit Frankreich und Belgien. Solange von einem wirklichen Preisabbau keine Rede sei, seien auch die Bemühungen der Regierung im Sinne eines Lohnabbaues nicht angebracht.

Abg. Bary (Komm.) wünscht Aufklärung der beim Prozeß Hartmann zutage getretenen Korruptionsercheinungen in der Außenhandelsstelle für Drudpapier.

Staatssekretär Trendelenburg weist auf die Schwierigkeiten einer Erdrosselung unerwünschter Einfuhr hin. Nach dem Versailler Vertrag sei eine Einfuhrsperre gegen Litore aus Elsch-Verträgen nicht möglich. Zu einer vollständigen Befreiung der Außenhandelskontrolle und der Ausfuhrabgabe sei die Zeit noch nicht gekommen. Die Frage eines Handelsverbotes mit Frankreich und Belgien werde jetzt vom auswärtigen Ausschuss behandelt. Über die Vorgänge in der Außenhandelsstelle für Drudpapier sei ein entscheidendes Urteil erst nach Eingang des Aktienmaterials möglich. Es bestehe aber kein Zweifel an der vollen Integrität der Leiter der Außenhandelsstelle, besonders des Geheimrats Pfuntner. Der Etat wird darauf bewilligt, ebenso die Staats des Reichswirtschaftsrates und des Rechnungshofes.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.

Der Ausschuss legt eine ganze Reihe von Entschlüssen vor, so wird u. a. die Reichsregierung ersucht, den infolge des Aufreinstandes entlassenen Arbeitern und Angestellten bei Wiedereinstellung vor andern Arbeitskräften gesetzlich ein Vorkaufsrecht auf Anstellung zu gewähren.

Abg. Dr. Hild (D.) ersucht den Minister, bei der Vorbereitung von Gesetzen nicht nur die Spitzenverbände der Arbeitnehmer, sondern auch die der Arbeitgeber zu hören. Daneben müßten aber auch die Interessen der Verbraucher ausreichend berücksichtigt werden. Die Beihilgen dürfen nicht in den Bereich der Schlichtungsausschüsse einbezogen werden. Der Redner begrüßt die erhöhte Aufmerksamkeit zur Förderung des Wohnungsbaues. Das Arbeitsgerichtsrecht sollte endlich vorgelegt werden. Im übrigen sollte die Gesetzesmacherei aber etwas eingeschränkt werden.

Abg. Lambach (D. Natl.) hält die Fortentwicklung des sozialen Arbeitsrechtes mit für eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitsministeriums. Bei dem Gesetz über den Arbeitsnachweis habe der Entwurf des Ministeriums freilich einen starken sozialistischen Einschlag eine übertriebene zentralistische Richtung gezeigt, ebenso bei dem Angestelltenverordnungs-gesetz und bei anderen Vorlagen. Der Redner begründet eine Entschleunigung in der die Herausgabe einer Denkschrift über die Beteiligung von Arbeitern und Angestellten durch Kleinaktien an den Betrieben verlangt wird. Er beantragt weiter die Streichung der Weidgabe Deutschlands für das internationale Arbeitsamt in Genf.

Abg. Aufhäuser (Soz.) bezeichnet den Vorschlag des Vorredners betreffend das internationale Arbeitsamt als eine Störung unserer Außenpolitik und als eine starke Erschwörung der Arbeitnehmerinteressen bei der internationalen Festlegung des Achtstundentages. Die Sozialdemokratie verlange im Gegenteil eine bessere Erfüllung der von der Reichsregierung dem internationalen Arbeitsamt gegenüber freiwillig eingegangenen Verpflichtungen. Die besten Absichten des Arbeitsministers stießen leider auf den Widerstand der Untertanenschaft, der Bürokratie und eines Teiles der Wissenschaft.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag nachmittags 2 Uhr vertagt. Außerdem Entwurf über den verstärkten Versammlungsschutz.

malismus des Denkens innerlich fremd, es unterlassen hat, sein Schaffen oder auch nur die Grundzüge davon in ein geschlossenes System zu bringen, standen der Zusammenstellung einzelner ausgewählter Stücke oder Bruchstücke keine Gedanken entgegen. Andererseits wäre es bei der ungemessenen Vielfältigkeit der Riehlschen Bestätigung ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, in einem Bande von allem etwas zu bieten, denn außer der Erzählkunst, der kulturhistorischen und der sozialpolitischen Betrachtung hat sich Riehl auch noch mit Problemen der Baukunst, der Musik und einer ganzen Reihe anderer Fragen befaßt, die sein bewegtes Leben ihm zutrug. Jaunert hat sich da mit richtigem Gefühl auf das beschränkt, was für die Gegenwart von Bedeutung ist, auf die Naturgeschichte des deutschen Volkes, zumal, die ja auch wirklich als ein Gipfel kommen Reicht, von seiner Auswahl zu sagen: „Hier gibts noch etwas für unsere Jugend zu lernen. Riehl mag ihr zeigen, wie sie in ihrem Wandern vom bloßen, an sich löblichen Sport und lebenswürdiger Natursehenswärmerei und Romantik zu gediegener, sicherer Erkenntnis des wirklichen Volkslebens kommt und damit endlich die Grundlage einer wahrhaft deutschen volkstümlichen und wahrhaft sozialen Politik schaffen hilft.“

Riehl im realen Leben wurzelnde Gedanken und ihr verständlicher und doch zugleich geistprübender Vortrag sind allerdings geeignet, nachdrücklich auf die Jugend einzuwirken; wie könnte es auch anders sein bei einem Menschen, der selbst Entschleunigendes in der Jugend erlebt hat, dem aus eigener Jugend unerschöpfliche Geisteskräfte zeitweilig zugestimmt sind! Er war in Weidrich am Rhein als Sohn eines Mannes geboren, der, obwohl herzoglich nassauischer Schloßverwalter und persönlicher Freund des Fürsten, dem Neuen seiner Zeit lebensfähigsten Sinn für die großen Zusammenhänge des Daseins und viel praktisches Interesse für kulturelle Werte, namentlich in der Ausübung der Musik, besaß. Der Großvater

mütterlicherseits, herzoglich nassauischer Haushofmeister a. D., ein geborener Pfälzer, pflanzte in den Knaben eine unerfährliche Wanderlust, als wannach es nicht Wunder nehmen kann, daß Riehl sein umfangreiches Wissen selbst einmal als „erwandert“ bezeichnet hat. Daß er es aber auch erarbeitete, und zwar mit Ernst und Gründlichkeit, dafür hatte das väterliche Vorbild gesorgt, und so genügen schon diese wenigen Hinweise, um darzutun, wie schließlich Riehl, um eine Prägung Jaunerts anzudeuten, durch die geistigen Eindrücke seiner Jugend prädestiniert war, „eine Art Generalintendant des gesamten deutschen Volkes“ zu werden, eines Volkstums, das er, wie gesagt, nicht nur in der Studierstube, sondern auch draußen im täglichen Leben aus enger Berührung mit Land und Leuten heraus kennen, lieben und schätzen lernte.

Geistige Verarbeitung persönlicher, praktischer Lebens war es, was seine Anschauungen formte, ihrer Gestaltung den Charakter gab und daraus, als Mittelpunkt der Volkstunde, eine Idee der Nation entwickelte, die als ein blauer Spiegel der Wirklichkeit betrachtet werden darf. Die Nation ist für ihn ein durch Stamm, Sprache, Sitte und Siedelung verbundenes Ganze... Das sind die vier großen S., der Grund alles lebendigen Lebens, ein Urgrund, der das wandelbare Staatsleben der Völker weit überdauert und erst mit dem letzten Atemzuge des Volkes in Trümmer fällt... Die Naturbedingung der Bodengestalt führt uns auf wirtschaftliche Notwendigkeiten und diese wieder auf notwendige Gestaltungen des Volkstums. So bebingt ein topographisches, ein wirtschaftliches Moment das andere, und aus den ökonomischen Zuständen wachsen wieder soziale Bestrebungen des Volkstums hervor. Die deutsche Volkstunde giebt sich für ihn nach der Bodengestalt in drei Teile: Tiefland, Mittelgebirge, Hochland, welcher Formationsteilung auch eine Dreiteilung der Wasserläufe, des Klimas und der Pflanzengeographie entspricht. Hier, auf bauen sich dann die drei natur- und kulturgeschichtlich unterschiedenen Volksgruppen der Nord-, Mittel- und Süddeutschen auf, die er in zahlreichen und verschiedenartigen Dar-

Badischer Landtag.

Der Gesetzentwurf über die Redarkanalisation angenommen.

Die Tagesordnung der heutigen Landtags-Sitzung

ist um einige Angelegenheiten ergänzt worden. Es werden noch verhandelt:

Mündlicher Bericht des Geschäftsausschusses und Beratung über den Antrag des Rechtsanwalts Justizrat Girsch in Reustadt a. O. auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bod.

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag des Staatsministeriums auf Bewilligung eines Voranschlags von 20 Millionen Mark an die Landwirtschaftskammer.

Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung über die Gesuche: 1. des ehemaligen Fährers des badischen Landespreisausschusses K. Beck um Gewährung einer Abfindung, 2. des S. Hauns aus Mingen um Überlassung der Wasserjagd auf der Gemarkung Wintersdorf und Pflittersdorf rechtsrheinisch, 3. der Frau Bernmann Bue. in Oberkirch wegen Verschleppung ihrer Kleinrentnerhilfe, Berichterstatterin Abg. Dr. Bernas, 4. des Hausmeisters Chr. Reierwarth beim Bezirksamt Bruchsal, seine Zurücksetzung betr., 5. der H. Schumacher in Waldorf um Unterstützung, 6. der L. Fintz Bue. in Mannheim-Neudenheim um Auszahlung der Entschädigung für den bei der Explosionskatastrophe in Oppau erlittenen Sachschaden, 7. des ehemaligen Gefängnisaufsehers K. Wülke vom Amtsgefängnis II Karlsruhe, seine Wiederaufnahme in den Staatsdienst betr., 8. des Dr. Gersb. in Karlsruhe um Revision eines Prüfungsbescheids.

Urlaub der Staatsbeamten.

In der letzten Nummer des badischen Zentralanzeigers für Beamte haben wir den Erlass des Staatsministeriums bekanntgegeben, wonach der Urlaub der badischen Beamten gegenüber dem Urlaub für die Reichsbeamten um eine Woche gekürzt wird. — Der Beamtenbund hat sich deshalb an den badischen Landtag gewandt mit der Bitte, daß die angezogene Staatsministerialentscheidung vom 19. April aufgehoben und den badischen Staatsbeamten derselbe Urlaub, wie den Reichsbeamten bewilligt werde.

Der Haushaltsausschuß hat zum Berichterstatter für diese Eingabe den Abg. Weber-Baden-Baden ernannt. Sie wird in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Karlsruhe, den 4. Mai 1923.

Erster Vizepräsident Maier eröffnet die 28. Sitzung mit der Bekanntgabe eines Schreibens des bisherigen Landtagspräsidenten Wittmann, wonach dieser am 1. Mai sein Amt als Präsident des Rechnungshofes angetreten und infolgedessen den Vorsitz im Landtagspräsidenten niedergelegt hat.

Vizepräsident Maier verbindet damit den Dank des Hauses an Herrn Wittmann für seine ausgezeichnete, mit Humor gewürzte Geschäftsführung (Weisfall).

Abg. Dr. Schöfer schlägt darauf für das Zentrum als stärkste Fraktion den Abg. Dr. Baumgartner als künftigen Präsidenten vor.

Abg. Bod (Komm.) setzt Zweifel in die Unparteilichkeit des genannten.

Abg. Dr. Schöfer: Dem Hause steht es frei, seine Meinung zu äußern.

Abg. Dr. Baumgartner wird sodann mit allen gegen vier kommunistische Stimmen zum Präsidenten des Landtags gewählt.

Derselbe dankt für dieses Vertrauen und verspricht, das Amt im Geiste von Verfassung und Geschäftsordnung so unparteiisch auszuüben, als es Menschen überhaupt möglich sei. Er werde die Befürchtungen des Abg. Bod durch die Tat zu zerstreuen suchen. Alle unsere Arbeit, so schließt der neue Präsident, gilt der Fürsorge für das badische Staatswesen, geleitet und befeuert von der Liebe zum badischen Volk. Sie soll aber auch durchdrungen sein von der Liebe und Treue zum großen deutschen Vaterlande. Diese Treue — wir wollen es auch am heutigen Tag zum Ausdruck bringen — wird um so innerer sein je schwerer das Schicksal ist, das auf Volk und Vaterland lastet. Wir haben schwerste Zeiten vor uns, mag die Lösung des Konfliktes ausfallen wie sie will, mögen sich alle Schichten und Stände der schweren Opfer bewußt sein, die gebracht werden müssen um die Freiheit des deutschen Volkes und Vaterlandes (Weisfall).

Nach Erledigung kurzer Anfragen wegen Verbesserung der Steinachstraße und Verbilligung der Holzpreise im badischen Oberlande auf die regierungsseitig Prüfung zugesagt wird, verliest der Präsident die zahlreichen neuen Eingänge. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Dr. Wadner (Dem.) berichtet über die Vorlage betr. staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des

Wahres von Kleinwohnungen, der in beiden Lesungen debattiert wurde.

Abg. Freudenberg (Dem.) erstattet eingehend Bericht über die Ausschüßberatungen, die sich an den Gesetzentwurf über die Redarkanalisation knüpfen.

Die Vorlage sieht eine Beteiligung des Landes Baden an der Redar-A.G. durch Übernahme weiterer Aktien im Nennwert von 175 Millionen Mark vor (bisher betrug die Beteiligung 85 Millionen).

Ferner wird die Gewährung wertbeständiger Darlehen an die Redar-A.G. bis zum Betrage von 131 250 Friedensmark vorgeschlagen, vermindert um den in Friedensmark umgerechneten Wert der Beteiligung Badens an der Kapitalerhöhung. Baden übernimmt schließlich einen Teil der Bürgschaft für die Aktien der Redar-A.G. und stellt zur Fortführung der Bauten des Redarkanalals Schatzanweisungen bis zur Höhe von 228 000 000 M. zur Verfügung.

Es handelt sich um die Fortführung der Stauffen Wehlungen und Redarfulm. Man wird sich zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit dem Finanzierungsprogramm der Redar-A.G. zu befassen haben.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) erklärt für den größten Teil seiner Freunde, daß derselbe der Vorlage zustimme, weil die Arbeiten von den genannten Kraftwerken bereits sehr weit vorgeritten seien und es sich dabei um produktive Erwerbslosenfürsorge handle. Bedenken beständen gegen den § 3 Absatz 8 über den neu beschrittenen Weg der Rückbürgschaft gegenüber dem Reich, Württemberg und Hessen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.-Natl.) meint, man solle von der Redarkanalisation jetzt lieber schweigen und dieses Projekt der Zukunft überlassen.

Abg. Hertle (Landbund) Es wird sich niemand finden, der den Strom aus mit derart ungeheuren Mitteln erstellten Werken behalten kann.

Abg. Maier-Seidelberg (Soz.): Wir stimmen der Vorlage zu. Die Frage der Redarkanalisation wird nicht vertommen, bis sie ins Herz Württembergs durchgeföhrt ist. Die beiden auszubauenden Stauffen sind ein Glied des Projekts, das sich zu gegebener Zeit schon retabel erweisen wird. Auch die Stilllegung der Werke würde, wie wir uns bei der Besichtigung überzeugen konnten, mit großen Kosten verknüpft sein. Man denke andererseits an die Sorge für die Arbeitslosen.

Abg. Weber-Baden (D. Sp.) teilt die Bedenken des Abg. D. Mayer gegen die Gesamtheit des Unternehmens.

Die in Absatz 2 zu § 5 ausdrücklich festgelegte Einschränkung des Bauprogramms erscheint für Baden erträglicher denn für Württemberg. Wir werden der Vorlage in diesem Sinne zustimmen.

Abg. Mager (D.-Natl.) befürchtet, daß noch weit größere Mittel in die Werke hineingesteckt werden müssen.

Abg. Freudenberg (Dem.): Es ist nicht helle Begeisterung, die die Debatte leitet. Nachdem aber im Jahre 1921 der Landtag einstimmig der Vorlage zugestimmt hat, wäre es unverantwortlich, heute die Hände ins Korn zu werfen. Das Unternehmen darf nicht in diesem Ruhezustande liegen bleiben. Wir haben nach der Vereinbarung zwischen dem Reich, Württemberg und Baden sieben Prozent der Verantwortung zu übernehmen. Eine Ablehnung der Vorlage würde in unserem Nachbarlande Württemberg nicht verstanden werden. Wir sind uns voll bewußt, daß das Projekt noch viel Sorgen verursachen wird.

Arbeitsminister Dr. Engler

berichtet sich über die Vorgeschichte des Unternehmens. So schlecht seien die Redarwasserkräfte nicht, wie es verschiedentlich dargestellt wurde. Was wir hierfür aufwenden, fällt gegenüber den Kosten der Oberkreistrafwerke gar nicht ins Gewicht. Die Interessen Badens seien in jeder Beziehung gewahrt. Wichtig sei, daß das Bauprogramm in seinen Anfängen falsch war. Wir haben dagegen angeknüpft. Man hätte in Mannheim beginnen und den Kanal Stufe für Stufe ausbauen sollen. Es war, so schließt der Minister, gut, daß man das Werk in eine Aktiengesellschaft kleidete und dadurch der politischen Agitation entzogen hat.

Abg. Gähler (Komm.): Wir stimmen der Vorlage zu, da es sich um eine Kulturarbeit handelt. In der Gesamtabstimmung findet das Gesetz mit überwiegender Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen in beiden Lesungen Annahme.

Es folgt die Beratung des

Jagdsteuergesetzes,

worüber Abg. Weber-Baden (D. Sp.) berichtet. Es sind 15 Prozent des Jahreswertes der Berechtigung als Steuer vorgeschlagen.

stellungen aus eigener Erfahrung heraus eingehend geschildert hat. Dabei kommt er namentlich im Zusammenhang mit gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen, zu einer durchaus konservativen Stellungnahme, die, von der naturnotwendigen Sicherung des Volkstums ausgehend, auch die Erhaltung dieser organischen Bindungen bis in ihre Voraussetzungen hinein fördert. Freilich ist nicht alles anders als ein Reaktionsär. Denn wenn er, an der Grenze zweier Kulturzeitalter wirkend und von diesem Charakter seiner Zeit beeinflusst, gegen eine Verwischung der ständischen Unterschiede sich wendet und Aristokratie, Bauerntum, Bürgerium und „vierten“ Stand, zu welchem er nicht nur die Industriearbeiter rechnet, erhalten wissen will, so erblickt er den Sinn dieser Forderung nach stetigen Beziehungen des Menschen zu Besitz und Arbeit in einer Erneuerung der Stände, in einem neuen, inneren Zusammenwachsen der Menschen mit ihren besonderen, aus überkommenen Verhältnissen ererbten Aufgaben. „Erhalten, um auf historischer Grundlage fortzubauen, bis das Neue selbst wieder zur historischen Grundlage der Zukunft geworden ist“, dieser Grundgedanke tritt in seinen Schriften immer wieder zutage und ist der feste Sockel, auf dem sich das Bauwerk seiner ganzen Gedankenarbeit aufbaut. Was er in solchem Zusammenhang beispielsweise über „Arbeiter und Arbeit“ sagt, das ist auch heute noch zeitgemäß und wahrhaft beachtenswert für das ganze deutsche Volk. Welch ein Herz er, der konservative, gerade für den „vierten“ Stand hatte, das bezeugt auch seine Schrift über „Das Land der armen Leute“, worin er mit großer Natürlichkeit von den Lebensverhältnissen im Betswald, am Vogelsberg und auf der Rhön erzählt.

Erzählt — ja! Denn er wollte doch, daß seine Bücher „allerwegs lesbar“ seien, und das waren und sind, in einem hohen geistigen Sinn, auch und gerade diese seine Schriften über das deutsche Volkstum, wie es seine Novellen für Generationen anspruchsvoller Leser waren, wenn auch seine Gedichte nach dieser Richtung hin sich mittlerweile verkleinert hat. Vielleicht, weil die streng novellistische Form, welche Nicht seinen Erzählungen gab, immer Vorgänge in äußerer, mehr oder

minder straff komponierter Handlung spielend, nicht so wie sonst in einer Zeit wirken kann, die in der Dichtkunst nach anderen Stoffen, mithin auch nach anderen Formen verlangt. Vielleicht auch, weil die eigentlich harmlose Art dieser Geschichten, von denen eine größere Sammlung nicht ohne inneren Grund Ludwig Richter gewidmet ist, überhaupt nur an einen gewissen, nicht immer geradezu vollständigen und zeitgemäßen Gemütszustand sich wenden. Jedenfalls wirken Nichts Novellen, die, fast alle in der Vergangenheit des Deutschtums spielend, ein ganzes Jahrtausend deutscher Geschichte umfassen, in der Gegenwart weniger stark als seine wissenschaftlichen Arbeiten, die übererweis eine Zeit geringerer Wirkksamkeit hinter sich haben, so daß am Ende ein gerechter Ausgleich zustande kommt.

So ist es ja auch in seinem Leben gewesen. Als Gymnasiast wie als Student der Theologie in Marburg, Tübingen, Gießen, hier auch als freier Schriftsteller, hat er hart mit wirtschaftlichen Nöten kämpfen müssen. Aber dann sind bessere Zeiten für ihn angebrochen; zunächst zwar wurde er Redakteur, u. a. an der „Karlsruher Zeitung“ (1847), zuletzt bei Cotta's „Allgemeiner Zeitung“ in Augsburg, dann aber, vom König Max nach München berufen, Presechef der bayerischen Regierung und des königlichen Hofes, Redakteur der „Neuen Münchener Zeitung“, Universitätsprofessor, Herausgeber des „Historischen Taschenbuchs“, Direktor der bayerischen Nationalmusikschule und Generalinspektor der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns. Jahrzehnte lang hat er außerdem erfolgreiche Vortragsreisen durch das Deutsche Reich unternommen. Also „Lehrend, forschend und musizierend bis in seine letzten Tage“ hat er am 16. November 1897 in München sein fruchtbares, von wachsendem Glanz umgeben und Haus erfülltes Leben abgeschlossen, dem deutschen Volk in quantitativer und qualitativer bedeutenden Werken ein Vermächtnis hinterlassen, das geeignet ist, gerade im Zeitalter allgemeiner Not ins Breite zu wirken, dem Unglück zu steuern und zur Wiederherstellung erquicklicher Zustände wohlthätig beizutragen.

Persönlich spricht sich der Berichterstatter gegen die Solange aus.

Zur Materie liegen mehrere Anträge vor. Abg. Dr. Matthes (D. Sp.) fordert Erhebung der Steuer vom Verpächter, also den Gemeinden.

Abg. von Au (Landbund) wünscht Teilung des Ertrages zwischen Staat und Gemeinden, diesen sollten 5 Prozent kommen.

Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Nachmittags 4 1/2 Uhr Weiterberatung.

Kehl.

Der früher beim hiesigen Bezirksamt angestellte gewesene Amtmann Kumpff wurde vom französischen Kriegsgericht in Landau, wie französische Zeitungen melden, im Abwesenheitsverfahren zu 5 Jahren Zwangsarbeit und 2000 Franken Geldstrafe verurteilt. Amtmann Kumpff soll sich seinerzeit aus Anlaß des bekannten Wirtheustraßwals in Reumühl einer intellektuellen Urkundenfälschung schuldig gemacht haben, indem er der französischen Militärjustiz die Ergebnisse einer von ihm aufgenommenen Nebenuntersuchung mitteilte, worin die Aussagen verschiedener Zeugen abweichend von dem im Ermittlungsverfahren der französischen Behörde erfolgten Niederschrift lauteten.

Aber die derzeitige wirtschaftliche Lage in Kehl lesen wir in der Mannheimer „Volkstimme“ folgendes:

„Seit die Franzosen Kehl besetzt halten, hat das Wirtschaftsleben der Stadt mancherlei Wandel erfahren müssen. Beim Einzug der Franzosen in Kehl (19. Januar 1919) fand man wohl noch eine sehr unter dem Eindruck militärischer Operationen, die sich in der Nähe der Festung Straßburg während des Krieges in besonders starkem Umfange abspielte, haben, als daß man sich Zeit gelassen hätte, über die Bedeutung der Besetzung nachzudenken. Obwohl die Franzosen mit einengenden Verordnungen nicht sparten, drückende Verkehrsperren verhängten, Eigentümer von Haus und Hof verdrängten, Mädchen und Frauen überfielen, Wirtstüchtler bedroht und mißhandelt wurden, wurde die Erinnerung hieran durch den von Straßburg kommenden lebhaften Verkehr doch nur zu bald verwischt. Und dieser Verkehr zwang der Stadt ein ganz neues Gepräge auf. Ungewollt von Lohn- und Gehaltsempfängern und allen denen, die von der Hand in den Mund leben mußten; denn sie ahnten die Folgen dieser Überschwemmung durch die Fremden. Erwünscht natürlich in erster Linie von der Junft der Schieber und Schmuggler, aber auch von einem gewissen Kreis von Kehler Geschäftleuten. Wurden doch die Wirtschaften nicht mehr leer, und mußten doch die Ladeninhaber wegen zu starkem Andranges oft zeitweise ihre Geschäftsräume schließen. Mit Bitterkeit denkt wohl heute mancher Kehler an die Behandlung zurück, die ihm von seiten der Kehler Geschäftsleute im Gegensatz zu den viel willkommeneren, weil zahlungsfähigeren, Straßburgern zuteil wurde. Mit Bitternis an die Unmöglichkeit, des Sonntags ein Plätzchen in einem Gasthaus für sich zu erwischen. Umsonst; höchstens konnte man die französischen Freß-Deigen (Verzeihung, aber ein anderer Ausdruck paßt nicht dafür!) „bewundern“, trat wieder auf die Straße, ließ sich von betrunkenen „Siegen“ anempfehlen und schließlich betäubt nach Hause, um so schnell nicht wieder einen derartigen Gang zu versuchen.“

Aber auch das äußere Bild der Stadt erhielt neue Formen, besonders die Hauptstraße veränderte ihr Gesicht: Läden wurden ausgedrohen, Neubauten mit Läden wurden eingefügt, wo noch ein Plätzchen frei war, Bankneubauten entstanden in einem Umfange und mit einem Beamtenflusse, wie sich dies Kehl wohl nie hätte träumen lassen. Spektakelstufen schossen wie die Pilze aus der Erde. Der Geschäftsgang belebte sich in ungeahnter Weise. Die Franzosen brachten viele, viele Papiermark über den Rhein und rührten dafür woggenweise unsere guten Waren mit. Häuser und Gelände wurden von den Franzosen aufgekauft, neue Häuser für Franzosen gebaut. Kein einziges Bauerndorf der Umgebung blieb von der Invasion verschont. Langsam wurden die Einwohner des Kehler Brückenspitzgebietes über die Grenzen der besetzten Zone zur Deckung ihrer Lebensbedürfnisse hinausgedrängt. Die einige Monate nach der Besetzung einsetzende Ein- und Ausfuhrkontrolle sowie die Verlegung des Zolles nach Kehl konnte wohl den Schiebern und Schmugglern das Handwerk erschweren und zu einem guten Teil auch hintertreiben, aber Kehl blieb doch ein Loch im Westen, solange — nun solange es sich eben für die Franzosen lohnte, ihren Bedarf in Kehl zu decken.

Und jetzt? Für den Kehler ist auf einmal wieder Platz auf dem Bürgersteig der Hauptstraße; denn der Straßburger kauft zurzeit eine Reihe Waren billiger drüben als in der „Böchie“, und von da ab, aber erst von da ab, wurden die Fahrgenehmigungen von Straßburg aus beschränkt. Die auf den Zupruch von Straßburgern eingestellten Geschäftsleute beginnen einen leichten Kagenjammer zu verspüren. Ja, sie stehen sogar wieder, wie einstens, vor der Tür ihres Ladens und grüßen freundlich ihre Landsleute. Die Sorgen, die man im Laufe der so glänzend abgeschlossenen Geschäftsjahre durch Kaufen von Papiermark gebannt glaubte, kehren wieder, denn leider, leider waren es eben nur Papiermark, auf die so manche kühne Hoffnung gegründet war.“

Offenburg.

Die französische Besatzungsbehörde hat die Polizeistunde für alle Wirtschaften des neubesetzten Gebietes Offenburg von 10 auf 11 Uhr 30 Minuten festgesetzt. — Das Kommando über das neubesetzte Gebiet Offenburg hat nunmehr Oberstleutnant Bieg übernommen.

Die Gerüchte über die Einstellung des Postkraftwagenverkehrs auf der Strecke Offenburg—Ortenberg—Niederschöpsheim entsprechen nicht den Tatsachen. Der Verkehr ist nun ganz kurze Zeit eingestellt gewesen.

Aus der Landeshauptstadt.

Eröffnungskonzert anläßlich der „Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923“.

Morgen, Samstag, vormittag 11 Uhr, findet in der städt. Ausstellungshalle die Eröffnung der dort für die Monate Mai bis Oktober d. J. eingerichteten „Großen Deutschen Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst Karlsruhe 1923“ statt. Der Verkehrsverein hat sich betätigt bemüht, eine „Eröffnungswoche“ für diese Kunstausstellung zustande zu bringen und Näheres darüber bereits bekannt gegeben. Den Auftakt für diese „Eröffnungswoche“ bildet ein großes Konzert des Karlsruher Lehrergesangsvereins in der städtischen Festhalle unter dem Motto „Das deutsche Volkslied“. Dabei wirkt das Orchester des badischen Konservatoriums für Musik mit. Leiter der Veranstaltung ist Professor Heinrich Kaspar Schmid, Direktor des Konservatoriums. Das Konzert beginnt abends 8 Uhr.

Kommunalpolit. Rundschau.

Zum Ausbau der Häfen in preussischen Städten.

KK. Auf dem Gebiete der Hafenbauten sind der Regierung zahlreiche Projekte unterbreitet worden, und man kann sagen, daß die Zahl dieser Projekte im umgekehrten Verhältnis zu unserer Geldknappheit steht. Wenn nun auch nicht alle Blütensträume der Interessenten gereift sind, so ist doch tatsächlich von der Regierung eine ganze Menge großzügiger Rebaupläne in Angriff genommen worden, über die dem „Berliner Tageblatt“ wie folgt berichtet wird:

Bei den Häfen sind zunächst zu unterscheiden rein staatliche Häfen und kommunale Häfen, für die der Staat wesentliche Zuschüsse leistet. Einer der Hauptstädthäfen ist Emden an der Ems, und gerade hier ist durch die Anlagen ein großartiger wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen. Der Emdener Hafen galt schon Ende des 18. Jahrhunderts als einer der besten Nordseehäfen. Durch den Dreißigjährigen Krieg verlor er seine Bedeutung, und erst nach dem Deutsch-Französischen Kriege begann durch Übernahme in die Verwaltung Preußens eine neue Blütezeit, die jetzt nach dem Weltkrieg wesentlich gesteigert worden ist. Diese Steigerung wurde besonders durch die nach der Kriegsvollendung Anlage des neuen Binnenhafens ermöglicht, die Emden den Wettbewerb mit Rotterdam sehr erleichtert. Es sind große Hochbahnverladebrücken gebaut worden, von denen jetzt schon vier stehen, deren Vermehrung aber in Aussicht genommen ist. Diese großen Verladebrücken, die auf einer 280 Meter langen Stützmauer stehen, dienen dem Umschlag von Erz und Kohle; sie sind nach den modernsten Systemen gebaut; arbeiten mit Selbstprüfern, ihre Tragkraft am Geißelband beträgt 125 Tonnen, ihre Stundenleistung je 150 Tonnen Erz oder Kohle. Der Ausbau des Emdener Hafens begann erst im Jahre 1900, und was sich dort in den letzten 20 Jahren als Verkehr entwickelt hat, ist gänzlich der deutschen Wirtschaft neu gewonnen und Rotterdam fortgenommen worden. Die jetzt aufgestellten vier Verladebrücken sind deutsches (Duisburger) Fabrikat und waren vor dem Kriege von Holland bestellt, wurden aber während des Krieges

nach ihrer Fertigstellung für die Kriegswirtschaft beschlagnahmt und dienen jetzt doppelt gut in Emden der deutschen Wirtschaft, die sich nach dem Kriege vollständig neu einstellen mußte. Früher bezogen wir französische Erze aus Longwy-Brich, jetzt kommen die Erze in verstärktem Maße aus Spanien und Schweden. Die Häfen des Ruhrgebietes haben langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen, die dem Emdener Hafen gute Beschäftigung sichern, so gute, daß, wie schon erwähnt, die jetzt aufgestellten Verladebrücken um weitere vermehrt werden sollen. Der gesamte Verkehr verteilt sich auf Erze und Kohle fast in gleicher Weise. Das Schiff, das Erze aus dem Ausland hereinbringt, fährt nicht leer zurück, sondern geht mit Kohle gefüllt wieder ins Ausland.

Nach Emden kommt, was die staatlichen Aufwendungen anlangt, in erster Linie der Hafen von Geestemünde, der größte deutsche Fischereihafen, an die Reihe. Auch hier sind große Bauten in Angriff genommen worden. Geestemünde, das zunächst als offener Hafen gebaut war, ist jetzt durch eine große Schleusenanlage geschlossen worden. Dieser Schleusenbau steht in Verbindung mit großen Eindeichungsbauten, und das neu eingedeichte Land soll später für die Hafenerweiterung verwendet werden. Es handelt sich hier um Bauten für viele Millionen, die der Geestemünder Fischereiflotte zugute kommen werden. Es sollen große Fischzuchtställe entstehen, und die Uferbefestigungen sind schon mitten im Bau, und in etwa zwei Jahren wird alles Neue betriebsfähig sein. Bis dahin werden auch etwa 15 Goldmillionen aufgewendet worden sein.

Ein weiterer staatlicher Hafen ist der Harburger Verkehrs-Hafen, der gerade in letzter Zeit viel in Zusammenhang mit der Groß-Hamburger Frage genannt worden ist, und in der Tat stehen hier alle Pläne für Harburg mit der Lösung der Hamburger Frage in enger Verbindung. Preußen ist dabei, Wilhelmshafen mit Harburg zu erschließen. Es sollen Kanäle gebaut werden, an denen sich besonders Industrien ansiedeln können. Bei der Ausführung der Bauten ist die preussische Verwaltung durchaus bemüht, grundsätzlich jeden Wettbewerb mit Hamburg zu vermeiden, d. h. die Bauten werden ohne Rücksicht auf irgendwelche Hoheitsfragen ausgeführt. Die Baupläne sind so weit ausgearbeitet, daß sie schon in nächster Zeit dem Preussischen Landtage in einer Gesetzesvorlage unterbrei-

tet werden sollen, die eine Erschließung des preussischen Seehafengebietes bei Hamburg bedeuten wird.

Über den großen Häfen an der Nordsee wurden von der preussischen Verwaltung die kleineren Häfen an der Ostsee nicht vergessen. Erwähnt seien hier vor allem Kolberg, Rügenwaldermünde und Stolpmünde. Überall sind hier Verbesserungsanlagen und Erweiterungen im Gange. Verschiedene Fischereihäfen, wie Sahnitz und das an der Westküste von Schleswig-Holstein gelegene Büsum, sind mit ziemlichem Aufwand ausgebaut worden, besonders werden jetzt in Büsum Molen angelegt, die eine erhebliche Verbesserung des Fischereifangens bedeuten.

Zu den kommunalen Häfen mit staatlichen Zuschüssen, in denen jetzt gerade regere Tätigkeit herrscht, gehören in erster Linie Königsberg und Flensburg. In Königsberg werden zwei Becken ausgebaut mit Speichern, Schuppen und Siloanlagen (Füllapparate zur Lagerung von Getreide), und ähnliche Bauten sind in Flensburg im Gange, wo eine solche Siloanlage an der Flensburger Förde im Entstehen begriffen ist. Auch in Kiel, das bis zum Kriege eigentlich in der Hauptsache Kriegshafen war, wird emsig an der durch die Nachkriegszeit notwendig gewordenen wirtschaftlichen Neuinstellung gearbeitet. Die früheren Marineanlagen werden umgebaut. In Kiel wird gegenüber der früheren Reichswerft, entstehen jetzt Anlagen für einen Handelshafen, und am Kaiser-Wilhelm-Kanal werden jetzt schon früher vorgegebene Pläne für Betriebsanlagen ausgeführt. Weiter sei noch des Hafens von Duisburg-Essen gedacht, der bekanntlich der größte Binnenumschlagshafen der ganzen Welt ist. Der Verkehr hat sich hier glänzend entwickelt und den der Borkriegszeit wohl schon fast erreicht. Die Besetzung durch die Entente ist bisher nicht als hinderndes Moment hervorgetreten. Hier würden neue Schleusenanlagen eine wesentliche Steigerung herbeiführen können. Freilich wäre ihr Bau mit großen Verkehrskomplifikationen verbunden. Dies, wie die wenig rosige Finanzlage haben bis jetzt eine Vertagung und Hinausschiebung dieser wichtigen Frage als geboten erscheinen lassen. Zur Herstellung einiger Ergänzungsbauten ist die Aufnahme einer besonderen Anleihe geplant.

Reichsbankdiskont 18 Lombardfuß 19

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.
Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201

Telegramm-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

der Generalvertreter:
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren
Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.
Beste und billigste Bezugsquelle.

Fahrbare Putzdreschmaschinen
Original »GERÜ«, 5fache Sortierung, 2 und 3 Schüttler,
mit und ohne Elevator, Kraftbedarf 1-3 PS.

Hackmaschinen (Pflanzenhilfe)
Düngerstreumaschinen (Westfalen)
Erntemaschinen (Fahr-Krupp & Deering)
Bandsägen und Kreissägen
sowie sonstige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
aller Art liefert zu günstigen Preisen

**Einkaufs - Vereinigung
südd. Landwirte m. b. H.**
Durlach
Telefon 66 :: Hauptstraße 2, Gasthaus zur Blume

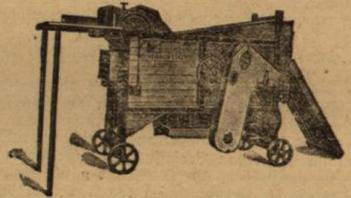
**Landw. Maschinen und Geräte
jeder Art, Ersatzteile usw.**

erhalten Sie stets zu konkurrenzlos
billigen Preisen auf unseren Lägern
Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg,
Mosbach, Helmstadt, Waldshut,
Steinen, Radolfzell

**Bad. Landw.
Hauptgenossenschaft**
Abteilung Maschinen
Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.

Die geographischen Grundlagen des
deutschen Volkstums
Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.)
(„Wissen und Wirken“ Band 4)
Grundpreis M. 1.- x Schlüsselzahl des Buchhandels
Verlag G. Braun, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.

Gebr. Wülker
Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64



Beste, handhabungssichere
SPRENGSTOFFE
Sprengkapseln und Zündschnüre
zum Sprengen von Baumstumpen
Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Hack-Häufelpflüge = Acker-, Saat- und Wiesen-
Patent **EGGEN** Neubeck
sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerk-
zeuge. Durch Serienfabrikation billigste Tagespreise
Josef Neubeck, Rastatt

Badisches Landestheater.
Samstag, 5. Mai 6^{1/2} - n. 10^{1/2} Uhr. Sp. I. 4000 M.
Abonn. A 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901-1000 und
1301-1500.
Maria Stuart

Badische Lichtspiele - Konzerthaus
Montag, den 7. und Mittwoch, den 9. Mai, abends 8 Uhr
In den Tiefen der Erde (Ruhrkohlenbergbau)
und
Bilder von der Franzosenbesetzung im Ruhrgebiet
FILM - VORTRAG A. Huzel, Dipl.-Ing. Kruppwerke-Essen
Preise: 1000, 800, 500 M., nur nummerierte Plätze.
Vorverkauf nur Musikalienhaus Müller, Kaiser-Waldstraße

Metallbetten
Stahlmatt., Kinderbett., direkt
an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Esch (Ehrh.)

Badisches Landestheater.
Spielplan vom 5. bis 15. Mai 1923.
Im Landestheater. Sa. 5.* Abonn. A 20. Maria
Stuart. 6^{1/2}. (Sp. I. 4000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 901 bis
1000, 1301-1500. - So. 6. vorm. 11^{1/2}. Morgensfeier.
Josef von Eichendorff. (Sp. I. 1200.) Abends 8.* Mozart-
Cycclus. IV. Figaros Hochzeit. (Sp. I. 7000.) - Mo. 7.*
Romeo und Julia. 7. (Sp. I. 4000.) - Die. 8.* Abonn.
E. 20. Mozart-Cycclus. V. Così fan tutte. 6^{1/2}. (Sp. I.
6000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101-2400. - Mi. 9.*
Abonn. G. 20. Peer Gynt. 6. (Sp. I. 4000.) Th.-Gem.
B.V.B. Nr. 2001-2100, 3801-4000. - Do. 10. Tann-
häuser. 6. (Sp. I. 7000.) - Fr. 11. Volksbühne. O. 7.
Die lustigen Weiber von Windsor. 7. (Sp. I. 6000.)
- Sa. 12.* Abonn. F 20. Zum ersten Mal. Die Freier.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Josef von Eichendorff.
In freier Bearbeitung von Otto Zoff. Musik von
Christian Lahnens. 7. (Sp. I. 4000.) Th.-Gem. B.V.B.
Nr. 3001-3100, 3601-3800. - So. 13. Neu einstudiert.
In neuer Inszenierung. Aida. 6. (Sp. I. 7000.)
- Mo. 14. Volksbühne. S. 2. Maria Stuart. 7. (Sp. I.
4000.) - Die. 15.* Abonn. D. 20. Die Zauberköte.
6^{1/2}. (Sp. I. 6000.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701-2800,
3401-3600.

Im Konzerthaus. So. 6.* Die fünf Frank-
furter. 7. (Park. I. 3000.) Die. 8. Volksbühne. R. 4.
Nathan der Weise. 7. Do. 10.* Altheidelberg. 7. (Park-
kett I. 4000.) Fr. 11. Volksbühne. R. 8. Nathan der
Weise. 7. So. 13.* Charleys Tante. 7. (Park. I. 4000.)
In der Festhalle. Mo. 14. Sonderkonzert des
Landestheater-Orchesters. Gastdirigent: Erich Kleiber
vom Nationaltheater in Mannheim. Werke von
Wagner, Strauß, Beethoven. 7^{1/2}.
Abonnements-Einzahlung für das 6. Sechstel vom
2. Mai an, Hausinzug vom 11. Mai an, Gebühr
hierfür 300 M.
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und
Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von
Vorzugskarten am Samstag, den 5., nachm. 1/4-5 Uhr,
allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von
Montag, den 7., an.
Auslösung der Karten für die Teilnehmer der
Theater-Gemeinde jeweils am Vorlag der Auf-
führung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).
Zum Umbau und Stod-
aufbau des Wärrer-, Abort-
und Hauswirtschaftsgebäu-
des auf Station Naumün-
zach haben wir öffentlich
zu vergeben: Grab- und
Maurerarbeiten (Waf-
steinmauerwerk 60 cm, Ric-

gelmauerwerk 300 cm),
Steinhauerarbeiten (Hau-
steine 1,5 cm), Zimmer-
arbeiten Tannenholz 14
cm, Schalung 200 cm),
Mecherarbeiten Abfall-
rohre 20 m), Verputzarbei-
ten (Wandverputz 1100
qm, Deckenverputz 320
qm), Glaserarbeiten (Fen-
ster 54 qm), Schreinerar-
beiten (tannene Fußböden
210 qm), Schlosserarbeiten
(Türenanschlagen 30 Stück,
Wahlzenträger 800 kg),
Tünderarbeiten (Leimfarb-
anstrich 1400 qm, Disfarb-
anstrich 1000 qm). Pläne
und Bedingnisheft liegen
auf unserem Hochbaubüro
im 2. Stock des Aufnahm-
gebäudes des Karlsruhe
zur Einsicht auf, wo auch
Angebote von persönlich
erfahrenen Verwerbern
gegen Ertrag der Selbst-
kosten in Empfang genom-
men werden können. Die
Kosten für die Angebots-
verdrude betragen für a)
Maurerarbeiten 800 M.,
b) Zimmerarbeiten 400
M., c) Mächner-, Schreiner-
und Schlosserarbeiten
je 300 M., d) Steinhauer-,
Verputz-, Glaser- u. Tün-

**Flügel
und
Pianos**
Große
Auswahl
erster
Fabrikat!
H. Maurer
Kaiserstraße 176
Ecke Hirschstraße

**Genüßreiche
Stunden
verschafft
ein
Harmonium**
Große
Auswahl!
Versand nach
allen Stationen
H. Maurer
Karlsruhe i. B.
Kaiserstraße 176
Kataloge u. Schriften über
das Harmonium kostenlos

Druck der Karlsruher Zeitung.